

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am
25.06.2012 Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/006

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:13 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:12 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:15 Uhr

Anwesend: stellv. Vorsitzender

Obst, Wolfgang

Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Morch, Hans-Dieter
Ruser, Horst
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Peters, Kai

Vertretung für Herrn Gero
von Oettingen

Beratende/s Mitglied/er

Kleinschmidt, Dieter
Suszka, Bernd

Ortsvorsteher Heeßel

Reißer, Heiko

bis TOP 2

Mitglied des Rates

Braun, Hartmut

Vertreter für Frau Leykum

Gast/Gäste

Ackermann

Büro Ackermann (ab TOP 3
bis TOP 6)

Bertram, Carsten

Vertreter der Polizeiinspekti-
on Burgdorf (bis TOP 2)

Roloff, Gerald

Vertreter der Region Hanno-
ver (bis TOP 2)

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Brinkmann, Jan-
Hinrich

ab TOP 3 bis TOP 7

Herbst, Rainer

Krause, Julia

Riessler, Stefanie

ab TOP 3 bis TOP 6

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Ortsbesichtigung Ortsdurchfahrt Heeßel (Treffpunkt vor dem Feuerwehrhaus)
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 22.05.2012
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Maßnahmenkonzept "Innenstadt stärken" - Erweiterung Fördergebiet EFRE um Stadtpark
Vorlage: 2012 0162
7. Nahverkehrsplan 2013 - Sachstandsbericht von Herrn Brinkmann
8. Aussprache über die Ortsbesichtigung
9. Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: 2012 0161
10. Haushaltssicherungskonzept - Einsparungen im Bereich Straßenbeleuchtung
Vorlage: 2012 0156
11. Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der L311, Kleiner Brückendamm, Höhe Schützenplatz
hier: Vereinbarung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Vorlage: 2012 0141
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Obst begrüßte alle Anwesenden sowie den Vertreter der Presse und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Nach Wechsel des Tagungsortes wurde die Tagesordnung wie folgt geändert: TOP 9 (neu TOP 6) wird vorgezogen und im Anschluss an die Mitteilungen vorgetragen. Weiterhin wird die Aussprache über die Ortsbesichtigung (vorher TOP 6 neu TOP 8) im Nachgang an den Vortrag von Herrn Brinkmann (TOP 7) geschoben.

Die so geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Ortsbesichtigung Ortsdurchfahrt Heeßel (Treffpunkt vor dem Feuerwehrhaus)

Ortsvorsteher **Herr Reißer** erläuterte die kritischen Punkte bezogen auf die erfolgten Umbaumaßnahmen der Heeßeler Ortsdurchfahrt.

Als wichtige Punkte hob er u.a. falsche Materialien, wie die Verwendung von Rasengittersteinen hervor. Diese verursachten unnötige Lärmbelästigungen beim Überfahren. Weiterhin bemängelte er den Standort der Bushaltestelle. Einmündende Fahrzeuge aus dem Heisterkampsweg würden teilweise geblendet, so dass man nicht erkennen könne, aus welcher Richtung ein Fahrzeug auf der Dorfstraße kommt. Zudem stehe die Bushaltestelle zu dicht an der Fahrbahn. Vor dem Umbau habe es Induktionsschleifen gegeben, damit Fahrzeuge aus dem Burgweg bzw. Heisterkampsweg leichter in die Dorfstraße einmünden konnten.

Herr Reißer verwies weiterhin darauf, dass die Pollerstandorte teilweise ungünstig seien. Diese würden zum Teil übersehen und an- bzw. umgefahren. Als weiteren Punkt nannte er, dass die Verkehrsschilder „Tempo 30“ sehr unauffällig sind. Er fragte an, ob man hier durch größere Schilder oder gar eine Markierung auf der Fahrbahn mehr Wirkung erzielen könne.

Als Vertreter der Region Hannover nahm **Herr Roloff** zu den Punkten Stellung. Er sicherte eine Nachbesserung durch den Wiedereinbau der Induktionsschleifen zu. Weiterhin bot er an, die vorhandenen Verkehrsschilder „Tempo 30“ durch Schilder auszutauschen, die eine andere Folienbeschichtung hätten und dadurch besser sichtbar seien. Eine Tempomarkierung auf der Fahrbahn sei in diesem Bereich nicht zulässig.

Um die Spiegelung in der Scheibe der Bushaltestelle zu vermindern, wird **Herr Roloff** veranlassen, dass eine andere beschichtete Scheibe eingebaut wird.

Herr Roloff teilte mit, dass es sich bei Rasengittersteinen um ein üblich verwendetes Material handelt. Er bat darum, zunächst eine Vegetationsperiode abzuwarten, damit sich der Boden setzen und die Rasensaat anwachsen kann. In Bezug auf die Pollerstandorte schlug **Herr Roloff** vor, diese mit Reflektoren zu versehen. Weiterhin teilte **Herr Roloff** mit, dass der Mittelstreifen in der Fahrbahn nochmals nachzubessern ist.

Herrn Herbst sicherte zu, dass sich die Stadt der Poller annehmen werde. Weiterhin soll in den Pflanzbeeten eine höhere Bepflanzung erfolgen.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 22.05.2012

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 22.05.2012 wurde einstimmig genehmigt.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen **keine** Anfragen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Riessler teilte mit:

- a) Auf Grundlage der Friedhofsentwicklungsplanung wurden für den Stadtfriedhof Burgdorf verschiedene Maßnahmen beschlossen. Der erste Bauabschnitt der Urnengemeinschaftsanlage wurde im Sommer 2010 fertiggestellt; eine erste Beisetzung ist bereits erfolgt. Weiterhin wurden neue Urnenwahlgräber angelegt. Im Eingangsbereich fand durch ansprechende Bepflanzung eine Aufwertung statt. Zudem wurden die Bänke mit neuen Bohlen versehen und ein neuer Aushangkasten wurde aufgestellt. Der erste Bauabschnitt des Ruhehains wurde im Herbst 2011 fertiggestellt; bisher wurden 5 Grabstellen verkauft. Die Planung der Sarggemeinschaftsanlage wurde auf 2014 verschoben, da die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen abgewartet werden sollen. Für die Erarbeitung eines Marketingkonzeptes für den Friedhof und die Kapellennutzung soll noch in 2012 ein Auftrag erteilt werden.
- b) Im Verwaltungsausschuss wurde angeregt, die Winkelstützen zwischen den Aufgängen zum Rubensplatz zu streichen sowie die dort anschließende Grünfläche zurückzuschneiden bzw. die Gestaltung dieser Fläche neu zu planen. Es ist zu berücksichtigen, dass nur ein Teil der Flächen im Eigentum der Stadt Burgdorf steht. Verhandlungen mit den Privateigentümern wurden bereits aufgenommen. Eine erste Begehung zwecks Kostenermittlung hat stattgefunden. Geplant sind demnach das Säubern und Streichen der Winkelstützen sowie die Rodung der Strauchfläche mit anschließender Ansaat. Für diese Planungen entstehen Gesamtkosten in Höhe von ca. 2.600 €, wovon der städt. Anteil ca. 950 € betragen würde. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nahm von der geplanten Maßnahme Kenntnis; die Vorgehensweise wurde befürwortet. **Herr Herbst** ergänzte, dass die Maßnahme nur mit finanzieller Beteiligung der Privateigentümer umgesetzt wird.

Herr Herbst teilte mit:

- c) Die Region Hannover hat zum Bau einer Bike+Ride und Park+Ride – Anlage am DB Bahnhof Burgdorf-Otze einen Antrag auf Bewilligung einer Landeszuweisung nach den Richtlinien des Entflechtungsgesetzes gestellt. Im Bestand existieren 21 Parkplätze und eine Fahrradabstellanlage mit 28 Stellplätzen. Eine Erweiterung sieht eine zweite Fahrradabstellanlage mit 32 Stellplätzen vor. Weiterhin sollen 25 befestigte Parkplätze errichtet werden. Eine endgültige Entscheidung der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen über die Förderung wird im Januar 2013 erfolgen. Fertigstellung soll 2013 sein; die Bauzeit beträgt ca. 5 Wochen.
- d) In einer ersten Ortsbesichtigung wurden die Möglichkeiten einer Ausweitung des Bike&Ride-Angebotes auf der West- und Ostseite des Bahnhofes in Burgdorf geprüft. Es ist seitens der Region zu prüfen, ob ein Abriss der alten Abstellanlage und ein Neubau förderfähig sind. Die Erweiterungen auf der Ost- und Westseite sind ein gemeinsames Vorhabens-Paket.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Auslastung der vorhandenen Fahrradgaragen durch die Stadt Burgdorf gesteigert wird. Seitens Frau Nämisch (Abt. 80) wird Kontakt mit der Bahn aufgenommen. Im Herbst 2012 werden die Ergebnisse hinsichtlich der Förderfähigkeit sowie der Haltung der Deutschen Bahn gemeinsam diskutiert.

- e) Im Rahmen der Gehwegverbreiterung Sprengelstraße fand ein Grenzangewiesungstermin statt. Dabei wurde festgestellt, dass der Gehweg bereits jetzt teilweise auf Privatgrund liegt. Die neue Grenze wurde mit dem Eigentümer vor Ort verhandelt. Teilweise ist entlang des neuen Grenzverlaufs ein Grünstreifen herzustellen; die vorhandene Straßenleuchte ist in diesen umzusetzen.
- f) Die Region Hannover bittet um Übertragung der ehemaligen Sandgrube an der verlängerten Moorstraße. In der Sandgrube wird kein Sandabbau mehr betrieben; die Abbaurechte sind erloschen. Es hat sich hier in der Zwischenzeit ein wertvolles Biotop entwickelt. Die Sandgrube soll im Rahmen der Flurbereinigung Burgdorf-Nord für Kompensationszwecke gesichert werden. Da Kompensationsflächen ‚insolvenzgeschützt‘ sein müssen, dürfen sie nicht in privater Hand verbleiben. Die Verhandlungen mit dem Eigentümer sind bereits im Flurbereinigungsverfahren erfolgt; die Region hat Interesse an einer Übernahme. Seitens der Stadt Burgdorf bestehen hier keine Einwände.
Die Ausschussmitglieder befürworten diese Vorgehensweise.
- g) Für die Radwegüberführung Ahrbergenweg sind für den Haushalt 2013 und auch im Investitionsprogramm für die nächsten Jahre keine Haushaltsmittel angemeldet. Ein Antrag auf Förderung bedingt aber die Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Daher ist eine Förderung der Brücken- und Wegemaßnahme nach dem Entflechtungsgesetz nicht mehr möglich. Eine Förderung in den nächsten Jahren ist unwahrscheinlich, da die Fördermittel hier stark zurückgefahren werden sollen.
Frau Heldt erkundigte sich, warum keine Mittel für den Haushalt 2013 eingestellt werden. Dies begründete **Herr Herbst** mit dem erheblichen Planungsvorlauf, der so kurzfristig nicht mehr erfolgen kann.
- h) Die Protokolle der Geschwindigkeitsmessungen werden der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

6. **Maßnahmenkonzept "Innenstadt stärken" - Erweiterung Fördergebiet EFRE um Stadtpark** **Vorlage: 2012 0162**

Herr Herbst erläuterte, dass in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen im Stadtpark erforderlich werden. Um für diese Maßnahmen Fördermittel zu erhalten, soll ein Maßnahmenkonzept aufgestellt werden.

Das Maßnahmenkonzept „Innenstadt stärken“ wurde von **Herrn Ackermann** (Büro Ackermann) vorgestellt.

In der folgenden Beratung wurde deutlich, dass die Fördermittel ausgeschöpft werden sollen. Allerdings ist über die konkrete Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Konzeptes je nach den finanziellen Möglichkeiten gesondert zu entscheiden.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste mit **8 Ja- und 1 Nein-Stimme** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Antrag zur Erweiterung des EFRE-Fördergebietes um Festwiese und Stadtpark mit Umfeld soll mit dem vorgestellten Maßnahmenkonzept beim Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit eingereicht werden.

7. Nahverkehrsplan 2013 - Sachstandsbericht von Herrn Brinkmann

Herr Brinkmann erklärte, dass man sich noch ganz am Anfang des Neuaufstellungsverfahrens zum Nahverkehrsplan 2013 der Region Hannover befinde und dass die eigentliche Stellungnahme der Stadt Burgdorf erst nach Vorliegen eines von der Region erstellten Entwurfs (erwartet frühestens Anfang 2013) erfolgen könne.

Er führte aus, welche inhaltlichen Anregungen die Stadt Burgdorf hinsichtlich gewünschter Verbesserungen insbesondere im Bereich des S-Bahn-Verkehrs bereits im Vorfeld an die Region übermittelt habe (Taktverdichtung S 6 und Verlängerung nächtlicher Wochenendverkehr bis Celle).

Anhand einer Präsentation erläuterte **Herr Brinkmann** das jeweilige bestehende S-Bahn-System (sowohl im regulären Tagverkehr als auch im Nachtverkehr) und verdeutlichte mögliche Handlungsspielräume.

Hinsichtlich der gewünschten Verlängerung nächtlicher Wochenendverkehre bis Celle erklärte **Herr Brinkmann**, dass das vorgestellte Konzept bislang noch nicht mit der Region besprochen worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen.

8. Aussprache über die Ortsbesichtigung

Auf die Ausführungen zu TOP 2 wird verwiesen.

Als Ergänzung wurde lediglich der Wunsch an die Verwaltung geäußert, dass für die aus den Seitenstraßen einmündenden Fahrzeuge auf die Dorfstraße ersichtlicher wird, dass auch hier teilweise eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zu beachten ist.

**9. Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: 2012 0161**

Herr Herbst stellte die Vorlage vor.

Seitens **Herrn Könecke** kam der Einwand, dass die Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten unattraktiv ist im Gegensatz zur Parkscheibe.

Herr Baxmann gab zu bedenken, dass nur bei bewirtschafteten Parkplätzen auch ein reger Nutzerwechsel erfolgt. Bei Parkplätzen mit Parkscheibe parken oft Mitarbeiter der umliegenden Geschäfte; die Parkscheibe wird dann lediglich weitergestellt.

Die Restlaufzeit eines Parkscheins kann auf weiteren Parkplätzen genutzt werden, wurde von **Herrn Weinel** angemerkt.

Frau Heldt ist der Meinung, dass die Bewirtschaftung von Parkplätzen notwendig ist, um Dauerparker zu vermeiden. Sie bat darum, die bewirtschafteten Parkplätze auf dem Schützenplatz für Nutzer deutlich erkennbar zu machen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste **mit 6 Ja- und 2 Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, das Parkraumkonzept wie in der Vorlage Nr. 2012 0161 dargestellt, umzusetzen.

**10. Haushaltssicherungskonzept - Einsparungen im Bereich Straßenbeleuchtung
Vorlage: 2012 0156**

In der folgenden Diskussion zur Vorlage wurde deutlich, dass die Beschlussvorschläge zu a und b von den Ausschussmitgliedern nicht mitgetragen werden.

Herr Herbst erläuterte, dass die Beschlussvorschläge zu a und b erforderlich wurden, nachdem deutlich wurde, dass eine intelligente Nachtabschaltung nicht möglich ist.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste **einstimmig** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung aus der Vorlage 0156 zu Kenntnis.

Der Verwaltungsausschuss beschließt

c) die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für das „Beleuchtungserneuerungskonzept LED“ anstelle der bisherigen Planungen zur Nachtabschaltung fortzuführen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für 2013 zu beantragen.

11. Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der L311, Kleiner Brü-

ckendamm, Höhe Schützenplatz
hier: Vereinbarung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Vorlage: 2012 0141

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr fasste **einstimmig** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die anliegende Vereinbarung zu unterzeichnen und mit städtischem Personal den Bau der Lichtsignalanlage der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchzuführen sowie entsprechende Bordsteinabsenkungen und Anpassungen der Gehwegbeläge vorzunehmen.

12. Anregungen an die Verwaltung

Frau Heldt stellte die Frage, warum der Gehweg in der Poststraße im Zuge des Stadtstraßenumbaus zunächst eine zweifarbige Färbung erhalten hat; nun aber doch einfarbig ist.

Darauf antwortete **Herr Herbst**, dass dies ein Fehler der Baufirma war. Das einfarbige Pflaster wurde beschlossen und dementsprechend ausgeschrieben.

Herr Obst fragte bezogen auf den Ausbau der Straße Im Langen Mühlenfeld, was eine ‚gemäßigte Schrägaufstellung‘ der Parkplätze bedeute.

Hierzu teilte **Herr Herbst** mit, dass die Parkplätze - wie beschlossen - in derselben Schrägaufstellung wie im jetzigen Bestand angelegt werden.

Seitens **Herrn Suszka** wurde angeregt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Verkehr einen Sachstandsbericht zum Thema ‚Y-Trasse‘ von Herrn Brinkmann zu erhalten.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer